

Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Norbert Spanier zum Haushalt 2019

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Die Beratungen zum Haushalt 2019 sind in der vorigen Woche zum Abschluss gekommen und die SPD-Fraktion hat am letzten Donnerstag ihr Abstimmungsverhalten dazu festgelegt.

Wir stimmen dem Haushalt zu.

Ich möchte gerne erläutern, wie es dazu gekommen ist.

Der Bürgermeister hat im Oktober einen Entwurf vorgelegt, der nicht ausgeglichen ist. Deshalb sollten die Grundsteuern in dem in 2016 verabredeten Umfang erhöht werden, die Gewerbesteuer aber **nicht** in dem verbredeten Umfang.

Ausweislich des laufenden Haushalts fließt die Gewerbesteuer aber in nennenswertem Umfang, das ist sicherlich auch der guten Konjunktur geschuldet.

Verabredet war in 2016, dass jeweils alle 3 Jahre die Steuern erhöht werden, um dann in 2025 den HH-wieder ausgleichen zu können.

Zu unseren HH-Beratungen haben wir die Stadtkämmerin Frau Weber eingeladen, wie auch in den vergangenen Jahren. Sie hat uns jede erdenkliche Auskunft zum Zahlenwerk gegeben, uns aber auch erläutert, wie es zu dem vorgelegten HH-Entwurf gekommen ist.

Das hat in unserer Fraktion zu Nachfragen geführt, die auch beantwortet wurden. Nichtsdestotrotz regte sich aber großer Unmut in der Steuerfrage.

Wir haben deutlich gemacht, dass wir beim Weg in den HH-ausgleich alle Gruppen solidarisch beteiligt sehen wollen, je nach ihrer Leistungsfähigkeit.

Das haben wir Frau Weber mit auf den Weg gegeben, verbunden mit der Bitte, dass der Bürgermeister über neue Vorschläge nachdenken möge.

Wie sich nun im Haupt- und Finanzausschuss herausstellte, waren in der CDU-Fraktion ähnliche Bedenken vorhanden, die dann, mit auch den Anregungen der SPD-Fraktion, vom Bürgermeister als „interfraktionelle Beratungen“ formuliert wurden und von seiner Seite in ein neues Modell zur Steueranpassung mündeten. Passend dazu legten die Grünen einen Antrag vor mit den gleichen Steigerungssätzen, die der Bürgermeister schon erarbeitet hatte.

Ich nenne nun einmal das vom Haupt- und Finanzausschuss beschlossene Hebesatzmodell als ein „partiell interfraktionell“ vorberatenes Modell, weil nur die Fraktionen, die die Kämmerin zu Gast hatten, diese Veränderungen bewirkt haben.

Diese von der SPD-Fraktion maßgeblich mitbewirkte Veränderung, die allen Menschen in unserer Stadt zugutekommt, war in deutliches Indiz für uns, uns in der Zustimmungsfrage zu bewegen.

Um aber einem Haushalt zustimmen zu können, müssen aber auch die Anträge, die man dazu stellt, verabschiedet werden.

Das ist in diesem Jahr geschehen. Ich greife einige unserer Anträge auf und zeige, in welchen Bereichen wir uns engagiert haben.

- **Thema Inklusion:** Mittel für die professionelle Unterstützung des Prozesses werden bereitgestellt
- **Thema Umwelt- und Naturschutz:** Förderantrag für „Hennef blüht auf“ gestellt zum Insekten- und Artenschutz
- **Thema Kultur:** Förderantrag für eine Mobile Veranstaltungsarena gestellt
- **Thema Wohnungsbau:** Antrag zur Baulandentwicklung gestellt, soll im AK Wohnen demnächst intensiver beraten werden
- **Thema Geförderter Wohnungsbau:** Der Stand zum B-Planverfahren „Auf der Hochstadt“ wird im Planungsausschuss demnächst beraten
- **Thema Finanzen:** Der Prüfauftrag zur Einführung einer Infrastrukturabgabe ist erteilt; der Bürgermeister wird im Laufe des nächsten Jahres eine zustimmungsfähige Vorlage dazu vorlegen.

Dieses Thema bewegt die SPD-Fraktion schon seit langen Jahren. Endlich kommt Bewegung in die Sache, denn in Rheinbach wurde Mitte des Jahres vom Rat der Stadt diese Infrastrukturabgabe einstimmig beschlossen. Damit wird von der Wertsteigerung der Grundstücke ein durch Beschluss des Rates festgelegter Beitrag zur Finanzierung der Infrastrukturkosten, z.B. für zusätzliche Kita- und Schulplätze, abgeführt, so dass die Kommune in der Finanzierung hier unterstützt wird. Diese Festlegung der Abgabe muss aber sorgfältig begründet werden, deshalb muss ein Fachbüro dazu Vorarbeiten leisten. Das alles wird 2019 in Hennef geschehen.

Wegen der Zustimmung zu unseren Anträgen fällt uns die Zustimmung zum Haushalt 2019 leicht.

Nichtsdestotrotz möchte ich aber doch noch 2 Punkte erwähnen, in denen wir in den vergangenen Jahren Forderungen gestellt haben, denen aber nicht nachgegangen wurde.

1. **Thema Innenstadtentwicklung:** Hier dümpelt Hennef hinterher und hat mit der geplanten „Planungswerkstatt Schulcampus“ die Akzente verschoben. Natürlich ist besonders die Wegeführung im Schulzenrum rund um die Fritz-Jacobi-Straße von herausragender Bedeutung, insbesondere nach der Fertigstellung der neuen Kita an der Frankfurter Straße. Aber im Zentralort werden wichtige Entwicklungen nicht weiter beachtet: die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt sinkt, Leerstände nehmen auch wegen des zunehmenden Onlinehandels zu und Parkplätze verschwinden. Das alles schreit förmlich nach einem frischen Stadtentwicklungskonzept: in dieser Frage wird die SPD-Fraktion weiter nachhaken.
2. **Thema Sozialer und geförderter Wohnungsbau:** Wir nehmen zur Kenntnis, dass in Hennef die Situation eine mit anderen Kommunen nicht unbedingt vergleichbare ist, besonders auch wegen der wenigen städtischen Grundstücke. Hier kann und muss aber nachgesteuert werden: es muss doch möglich sein, dass in Hennef die Zahl der Belegungsrechte nicht weiter zurückgeht, dazu muss man mit Investoren so verhandeln, dass nur beim Bau auch von öffentlich geförderten Wohnungen mit Belegungsrechten für die Stadt eine Genehmigung erteilt wird. Auch muss die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnungsbau genossenschaften und -gesellschaften weiter forciert

werden, wenn man denn nicht dem Gedanken einer eigenen Gesellschaft nähertreten will.

Wir werden im Arbeitskreis Wohnen weiterhin in diesem Sinne mitwirken und erhoffen uns aus der Zusammenarbeit mit den Fachleuten wertvolle Hinweise zum Thema.

Ich möchte noch einmal auf die Haushaltssituation zurückkommen. Der Bürgermeister und auch Frau Weber haben uns verdeutlicht, dass die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden zu einem sehr großen Anteil nicht mehr vom eigenen Steuerungsverhalten abhängig ist. Ein überwiegender Teil der Aufgaben ist von höherer Ebene veranlasst, aber nicht entsprechend finanziert. Auch wird z. B. für die Steigerung der Tariflöhne und --gehälter kein entsprechender Ausgleich gewährt. Ich habe den Verdacht, dass Bund und Länder sich hier zu ihren eigenen Vorteilen aus einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stehlen.

In der letzten Woche wurde in der Presse vom sogenannten Altschuldenfonds berichtet. Das könnte eine Möglichkeit sein, wie die Kommunen finanziell bessergestellt werden könnten. Auch wenn die Vorstellungen hierzu noch weit auseinanderdriften, sind alle Parteien aufgerufen, auf die Entscheidungsträger einzuwirken. Wir werden das tun.

Zum Schluss:

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit, bei den Zuhörerinnen und Zuhörern für die Aufmerksamkeit und wünsche bereits jetzt eine friedvolle Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Jahr 2019.

Vielen Dank.